



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Förderalismusreformkommission II hat sich nun auf eine stufenweise Schuldenbremse geeinigt. Faktisch haben wir ab 2020 für die Länder ein Schuldenverbot. Ab 2016 darf der Bund nur noch Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des BIP aufnehmen. Zudem wurde die Pflicht zu verbindlichen Tilgungsplänen für Schulden in Ausnahmesituationen beschlossen. Alleine die Tatsache, dass Bund und Länder sich freiwillig eine Schuldenaufnahme-Grenze und einen Tilgungsplan auferlegen, ist ein Erfolg für sich.

Wenn es jetzt eine 2/3 Mehrheit im Bundestag und Bundesrat geben kann für eine stufenweise Vollbremsung, dann darf diese als Erfolg in der Krise und gegen die Krise bezeichnet werden. Es wird nun interessant, wie sich die Oppositionsfraktionen im Landtag zu einer parallel notwendigen Verfassungsänderung in Niedersachsen verhalten. Bekanntlich war die ungehemmte Schuldenpolitik das Markenzeichen von SPD-Landesregierungen. Damit ist es richtigerweise vorbei. Wer sich wie wir für Niedersachsen und die nachfolgenden Generationen verantwortlich fühlt, wird sich einer Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung nicht verweigern können.

Eine unterhaltsame und interessante Lektüre wünscht Ihnen



Parlamentarischer Geschäftsführer

## Niedersächsischer Landtag beschließt Nachtragshaushalt zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II

Der Niedersächsische Landtag hat heute einen Nachtragshaushalt mit einem Umfang von 1,4 Mrd. Euro zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II und der „Initiative Niedersachsen“ beschlossen. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion David McAllister erklärte:

„Der Nachtragshaushalt 2009 ist ein eindrucksvoller Beweis für die Handlungsfähigkeit niedersächsischer Finanzpolitik mitten in der schwersten Finanz- und Konjunkturkrise der Bundesrepublik. Dieser Nachtrag ist auch ein Beweis für den festen Willen und die Entschlossenheit der Koalition von CDU und FDP, heute als erstes Bundesland das Konjunkturpaket II umzusetzen und zu beschließen. Wir reden nicht nur, wir handeln konkret.

Nach nur gut zwei Wochen bringen wir ein Investitionspaket für Niedersachsen im Umfang von fast 1,4 Mrd. Euro auf den Weg. Der Niedersächsische Landtag hat die gesamtstaatliche Verantwortung erkannt und deshalb zügig beraten, um am selben Tag wie der Bundesrat die Umsetzung des Konjunkturpakets II zu beschließen. Es ist ein Erfolg der Niedersächsischen Landesregierung und ein persönlicher Erfolg unseres Ministerpräsidenten Christian Wulff, dass im Bundesrat heute Union und FDP aus staatspolitischer Verantwortung dem größten Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik zustimmen konnten. Union und FDP haben zugleich in einer Entschließung ein Leitbild gemeinsamer Grundsätze verfasst.



Mit dem Haushaltsgesetz ermächtigen wir die Landesregierung, das Konjunkturpaket in Niedersachsen umzusetzen. So wird ein Großteil der Gelder über eine Investitionszuschüsse an die Kommunen ausgezahlt. Zugleich lockern wir das Vergaberecht, damit die Investitionen schnell umgesetzt werden können. Auch wird der Mehrbedarf an Personal im Finanzministerium und im Wirtschaftsministerium gedeckt, damit die Mittel zügig bewilligt werden können. Ein Schwerpunkt der Investitionsmaßnahmen liegt auf der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Schulen. Zugleich sichern wir Arbeitsplätze und Unternehmen vor Ort. In dieser Situation ist die Sicherung der Beschäftigung höchstes Gebot.

Unser Änderungsantrag ist richtig und zukunftsweisend. Wir investieren in zusätzliche Lehrkräfte, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Damit fördern wir die Bildung unserer Kinder und investieren in die Zukunft. Hierfür stellen wir 20 Mio. Euro bereit. Mit diesen Finanzmitteln erhält die Landesregierung die notwendige Flexibilität für weitere Entscheidungen, zur Verbesserung der Qualität und Verlässlichkeit von Schule.

Kurzum: Der Nachtragshaushalt 2009 ist im Wesentlichen eine punktgenaue Abbildung des Konjunkturpakets I und II, übertragen auf Niedersachsen und ergänzt um eine bildungspolitische Komponente.

Lesen Sie weiter auf der Seite 2

**Fortsetzung von Seite 1**

Das Konjunkturpaket II umfasst insgesamt 50 Mrd. Euro und besteht aus dem Vierklang von Abgaben- und Steuersenkungen, Investitionen in die Infrastruktur, Qualifizierung und Beschäftigungssicherung sowie einer Ausweitung des Bürgerschaftsprogramms für den Mittelstand. Für Niedersachsen bedeutet das 920 Mio. Euro vom Bund für zusätzliche Investitionen im Land, die mit 307 Mio. Euro von Land und Kommunen gegenfinanziert werden.

- 65 Prozent (ca. 600 Mio. Euro) sollen in den Förderschwerpunkt „Bildung“ investiert werden. Also in Kindergärten, Schulinfrastruktur und Hochschulen.
- Die übrigen 35 Prozent (ca. 320 Mio. Euro) stehen für den Förderschwerpunkt „sonstige Infrastruktur“, wie der Modernisierung der kommunalen Infrastruktur oder den Städtebau zur Verfügung.
- 450 Mio. Euro erhalten die Kommunen pauschal zugewiesen. Sie können über die Verwendung der Finanzmittel selbständig und eigenverantwortlich entscheiden und so das Geld unbürokratisch und flexibel einsetzen. Auch finanzschwache Kommunen profitieren. Ihr kommunaler Kofinanzierungsanteil liegt je nach finanzieller Leistungsfähigkeit bei mindestens 5 Prozent.
- 273 Mio. Euro werden nach Förderschwerpunkten verteilt: 150 Mio. Euro für die Schulinfrastruktur, jeweils 37,5 Mio. Euro für die Breitbandverkabelung, kommunale Sportstätten und Krankenhäuser, je 5,25 Mio. Euro für den Hochwasserschutz im Binnenland sowie die Altlastensanierung.
- 78 Prozent dieser Mittel verwenden wir für kommunale Investitionen. Damit ist Niedersachsen eines der Bundesländer, das den größten Anteil der Finanzmittel an die Kommunen weitergibt. Denn die Kommunen wissen am Besten, wo vor Ort zusätzliche Investitionen notwendig sind.

- 197 Mio. Euro für Landesmaßnahmen, wie Investitionen in die Hochschulen, Forschung und Bildung. Aber auch für einzelne Leuchtturmprojekte.
- Das Land stockt zudem das Investitionsvolumen um rund 163 Mio. Euro auf, was dem Anteil der kommunalen Kofinanzierung entspricht.

Erfreulich ist: Für die Gegenfinanzierung müssen wir keine neuen Schulden machen, weil wir in den letzten Jahren sparsam gewirtschaftet haben. Es bleibt 2009 bei einer Nettokreditaufnahme von 250 Millionen Euro. Damit stehen wir zu unserer konsequenten Linie, die Schuldenaufnahme kontinuierlich zu verringern.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hinterlässt Spuren, auch in Niedersachsen. Wir werden diese Krise bewältigen, auch weil wir in den vergangenen Jahren ein gutes Fundament gelegt haben.

Mit der „Initiative Niedersachsen“ setzen wir die richtigen Schwerpunkte für unser Land. Wir stehen für eine Politik der neuen Chancen. Wir haben eine Finanzpolitik auf den Weg gebracht, die in die Zukunft investiert, ohne die Generation von morgen mit den Schulden von heute zu belasten. Mit diesen Maßnahmen werden wir gestärkt aus der Krise hervor gehen. Dieser Nachtragshaushalt steht für Augenmaß, Weitblick und Nachhaltigkeit. Die Niedersächsische Finanzpolitik ist mit diesem Haushalt 2009 Basis und Wegweiser für die Zukunft.“

**Hotline zum Konjunkturpaket II**

Die Niedersächsische Landesregierung hat eine Hotline zum Konjunkturpaket II eingerichtet: Für Fragen steht Herr Bernd-Michael Lemmel, Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration, unter der Telefonnummer 05 11 - 120 - 47 60 zur Verfügung

**Landespolitik in Kürze**

- Der Niedersächsische Landtag hat eine Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes (NJVollzG) beschlossen. Geändert wurde die Zuständigkeit für die Untersuchungshaft: künftig wird das Gericht zuständig sein, das auch über den Erlass und den Fortbestand des Haftbefehls entscheidet und daher mit dem Verfahren vertraut ist.

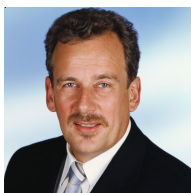
„Mit dem am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen NJVollzG sind neue Maßstäbe für einen modernen Justizvollzug gesetzt worden. Die nun beschlossenen Änderungen berücksichtigen die Anliegen der Justiz-Praxis“, kommentierte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Dr. Uwe Biester.

\*\*\*

**Die Entschließung des Bundesrates fordert:**

1. einen Tilgungsplan für die Schulden des Konjunkturpaketes II umzusetzen,
2. eine verbindliche Schuldenbremse einzuführen,
3. eine rückwirkende Geltung der im zweiten Konjunkturpaket vorgesehenen steuerlichen Entlastungen zum 1. Januar 2009,
4. eine zeitnahe strukturelle Einkommenssteuerreform, die die Bürger sprübar entlastet und die Progression deutlich abmildert,
5. weitere verbesserte Abschreibungsbedingungen,
6. wettbewerbsfähigere Regelungen im Unternehmenssteuerrecht, wie z. B. eine neu ausgerichtete Zinsschranke, eine Überprüfung der Hinzurechnungsregeln für Zinsen und Mieten bei der Gewerbesteuer

## Jan Ahlers: „Polizeiberuf in Niedersachsen ist weiterhin attraktiv“



„Der Polizeiberuf in Niedersachsen ist weiterhin attraktiv. Anderslautende Behauptungen der SPD sind falsch“, sagte Jan Ahlers, polizeipolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Das spiegelt sich unter anderem in den steigenden Bewerberzahlen für das Studium an der Polizeiakademie wider. Nachdem im vergangenen Jahr auf zu vergebende 365 Anwärter-Stellen 4000 Bewerber kamen, seien in diesem Jahr rund 5500 Bewerber auf 600 Stellen zu verzeichnen, so der Polizei-Experte.

Jan Ahlers erinnerte daran, dass frühere SPD-geführte Landesregierungen Stellen gestrichen hätten, wodurch sich die Arbeitsbelastung erheblich erhöht habe. Das habe zu einer Demotivation unter den Polizeibeamten geführt. „Erst die von CDU und FDP eingestellten 1000 zusätzlichen neuen Polizeivollzugsbeamten haben wieder zur Entlastung beigetragen und diesen Beruf wieder attraktiver gemacht“, fügte der CDU-Abgeordnete und ehemalige Polizeibeamte hinzu.

Jan Ahlers sagte abschließend: „Die finanzielle Seite ist nur ein Punkt, um einen Beruf attraktiv zu gestalten. Verbesserte Arbeitsbedingungen sind weitere Möglichkeiten, eine Tätigkeit interessanter zu machen. Das haben wir getan mit einer erfolgreichen Polizeireform, mit einer konsequenten Modernisierung der technischen und sachlichen Ausstattung, mit einer zeitgemäßen Uniform, mit einem massiven Stellenhebungsprogramm und familienfreundlicheren Arbeitsbedingungen. Das werden wir fortsetzen.“

## Amtswechsel im Wirtschaftsministerium: Dr. Philipp Rösler tritt Nachfolge von Walter Hirche an



Foto: Picture-alliance

Die Landesregierung: (v.l.n.r.) Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU), Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP), Wirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (FDP), Wissenschaftsminister Lutz Stratmann (CDU),

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen (CDU), Innenminister Uwe Schünemann (CDU), Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann (CDU) und Justizminister Bernd Busemann (CDU). Neuer FDP-Fraktionsvorsitzender ist Jörg Bode.



Foto: Picture-alliance

Ministerpräsident Christian Wulff und Innenminister Uwe Schünemann im Gespräch mit Studierenden der Polizeiakademie Niedersachsen

## Karl-Heinrich Langspecht: „Salzbelastung in Werra und Weser im Einvernehmen aller Flussanlieger abstellen“



Der Niedersächsische Landtag hat sich mit einer gemeinsamen Initiative der Fraktion von CDU, FDP, SPD und Grünen befasst, mit der eine von den Ländern Hessen und Thüringen sowie der K+S Kali GmbH geplante Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Entsorgung von Salzlauge in der Werra und Weser abgelehnt wird.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinrich Langspecht hat diese gemeinsame Initiative begrüßt: „Wir bitten die Landtage in Hessen und Thüringen, der angekündigten Vereinbarung nicht zuzustimmen. Zunächst sollte der runde Tisch zur Werra- und Weserversalzung die Möglichkeit haben, seine Ergebnisse vorzulegen, damit sie im Vertragswerk berücksichtigt werden können.“

Der CDU-Fraktion sei sehr daran gelegen, die Belastungen der Werra und der Weser im Konsens mit den beiden anderen Ländern in Gänze zu reduzieren. Daher liege eine Festbeschreibung der Belastungen über weitere Jahrzehnte, wie dies durch die geplante Vereinbarung erfolge, nicht im Interesse Niedersachsens, so der CDU-Umweltexperte.

„Wir wollen den Dialog fortsetzen. Klar ist aber auch: Die Qualität der Gewässer im Einzugsgebiet der Weser, die touristische Entwicklung und das gestiegene Bedürfnis der Anwohner nach intakten Flusslandschaften sind für uns unverrückbare Positionen“ sagte Langspecht abschließend.

## David McAllister besucht Einheiten der Deutschen Marine in Dschibuti

Zu einer dreitägigen Reise nach Dschibuti begleitete CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Thomas Kossendey MdB. Anlass war die Übergabe der Einsatzführung im Rahmen der Operation ATALANTA von der Fregatte Karlsruhe auf die Fregatte Rheinland-Pfalz. Das Einsatzgebiet der internationalen Operation ATALANTA umfasst das Seegebiet vor der Küste Somalias und seiner Nachbarländer sowie den Luftraum darüber.

Die gut 200 Soldaten an Bord der Wilhelmshavener Fregatte Rheinland-Pfalz haben den Auftrag, die Fahrzeuge des Welternährungsprogramms und andere durch Piraterie gefährdete Schiffe zu schützen, Angriffe von Piraten zu verhindern und zu ahnden. Durch das Seegebiet am Horn von Afrika verläuft einer der wichtigsten

maritimen Handelswege zwischen Europa und Asien.

Dschibuti ist Standort der Einheiten, die neben der Operation ATALANTA auch an der internationalen Operation Enduring Freedom teilnehmen und strategisch von hoher Bedeutung. In Gesprächen der deutschen Delegation mit dem Außen- und Verteidigungsminister Dschibutis wurde die weitere militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dschibuti erörtert.

Zu einer Begegnung mit Soldaten des Marinefliegergeschwaders 3 aus Nordholz kam es auf der Fregatte Rheinland-Pfalz. An Bord der Fregatte sprach David McAllister mit der Besatzung und der Bordwartungsgruppe eines Hubschraubers SeaLynx MK 88 Alpha.



Soldaten des MFG 3 unter Führung von Kapitänleutnant Rainer Naujoks mit David McAllister auf dem Flugdeck der Fregatte Rheinland-Pfalz

## Blindengeld soll um durchschnittlich 540 Euro im Jahr steigen

**Heidemarie Mundlos:** „Alle blinden und sehbehinderten Menschen in Niedersachsen werden zügig vom erhöhten Blindengeld profitieren“

Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Heidemarie Mundlos hat begrüßt, dass das Landesblindengeld erhöht wird: „Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann und die Koalitionsfraktionen haben nach vertrauensvollen Gesprächen mit den Vertretern des Niedersächsischen Blinden- und Sehbehindertenverbandes beschlossen, das Landesblindengeld zu erhöhen.

insgesamt nun 30 Mio. Euro an Hilfen für die Unterstützung der blinden und sehbehinderten Menschen in Niedersachsen bereit. Hervorzuheben ist, dass alle Altersgruppen von dieser Erhöhung profitieren werden. Die Fraktionen von CDU und FDP werden nun umgehend eine entsprechende Gesetzesänderung auf den Weg bringen, damit das erhöhte Blindengeld zügig an die betroffenen Menschen ausgezahlt werden kann.“

Damit stehen im Haushalt



**Gaben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz die Erhöhung des Landesblindengeldes bekannt:** (v.l.n.r.) Gesine Meißner (sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion), Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann, Hans-Werner Lange (Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen e.V.) und Heidemarie Mundlos (stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende)

## Landespolitik in Kürze

• Der Landtag hat eine Änderung des Ladenschlussgesetzes beschlossen. Ab dem 1. April gelten folgende Regelungen:

1. In Ausflugsorten darf nur noch an acht Sonn- und Feiertagen das Vollsortiment (also auch Bekleidung und Schmuck) angeboten werden, an den übrigen Sonn- und Feiertagen zwischen dem 15. Dezember und 31. Oktober nur ein eingeschränktes

Verkaufssortiment.

2. Für Kur- und Erholungsorte sowie für Wallfahrtsorte werden die Regelungen nicht eingeschränkt, um sie nicht schlechter zu stellen als Erholungsorte insbesondere in den anderen Küstenländern.

Mit dieser Regelung wird einerseits der Sonntags- und Feiertagsschutz gestärkt und andererseits die Interessenlage des Handels berücksichtigt.

## Landespolitik in Kürze

• Die Niedersächsische Landesregierung hat eine Änderung der Brenntage-Verordnung beschlossen. Die Möglichkeit zur Verbrennung pflanzlicher Abfälle bleibt nun bis zum 31.03.2014 erhalten. Darüber hinaus darf neuerdings auch das Laub der Rosskastanie bei Befall durch die Kastanienminiermotte nach vorheriger Anzeige bei der Gemeinde außerhalb von Brenntagen verbrannt werden. Durch diese Maßnahme soll der Schädlingsbefall effektiver reduziert werden, da sich eine einfache Kompostierung als nicht ausreichend herausgestellt hat. Die Entscheidung über die Festsetzung von Brenntagen bleibt nach wie vor den Gemeinden überlassen, um die kommunale Eigenverantwortung in diesem Bereich zu stärken.

\*\*\*

• Nach Ansicht von Justizminister Bernd Busemann sollte es einen speziellen Gerichtsstand für Kinderrechte geben. An den Amtsgerichten größerer Städte könnte die Geschäftsverteilung so beordnet werden, dass sich zumindest ein Familienrichter insbesondere der Sicherung von Kinderrechten widmet.

Die neu gefassten Bestimmungen des § 1666 BGB und das hierfür geschaffene Vorrang- und Beschleunigungsgebot erleichtern die familiengerichtlichen Maßnahmen, wenn das Kindeswohl gefährdet ist. Busemann: „Ziel dieser Maßnahmen ist es, das Kindeswohl schnell und unkompliziert zu sichern.“



Foto: Picture-alliance

## Umweltarbeitskreis zu Besuch bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)

### Abgeordnete informieren sich über Renaturierung der Düte

Über energieeffiziente Umweltprojekte und die Renaturierung der Düte haben sich die Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt und Klimaschutz der Landtagsfraktionen von CDU und FDP bei der DBU in Osnabrück und an der Düte in Georgsmarienhütte erkundigt.

Hans-Hartmut Escher und Peter Schrut (Vertreter des Landkreises Osnabrück) erläuterten die Renaturierungsmaßnahmen, die dort mit einem Volumen von mehr als 200.000 Euro in Zusammenarbeit von Landkreis Osnabrück und Stadt Georgsmarienhütte durchgeführt worden sind. Während die Düte zwischen Kloster Oesede und Oesede früher stark begradigt war, kann sich das Gewässer heute bei Hochwasser ungehindert ausbreiten. In wenigen Wochen werde sich herausstellen, wie sich die Wasserqualität durch diese Maßnahme verändert hat. Nach Möglichkeit soll ein weiteres Teilstück naturnah gestaltet werden.

Bei der DBU tauschten sich die Arbeitskreismitglieder mit Generalsekretär Dr. Fritz Brickwedde und seinem Stellvertreter Prof. Dr. Werner Wahmhoff aus. Dr. Brickwedde stellte die Arbeit der Stiftung vor, Prof. Wahmhoff gab Denkanstöße für eine Änderung der Regelungen für Ausgleichsmaßnahmen. Nach seiner Einschätzung könne es sich die Gesellschaft in Zukunft nicht mehr leisten, wertvolle landwirtschaftliche Flächen aus der Produktion zu nehmen. Hier seien kreative und dynamische Modelle gefragt, die in der Lage seien, die Natur effizient zu verbessern. Großes Interesse zeigten die Abgeordneten auch an Förderprojekten zur energetischen Sanierung von Gebäuden. „Hier kann die DBU in den kommenden Monaten bei der Umsetzung der geplanten Konjunkturpakete mit ihrer Erfahrung ein interessanter Gesprächspartner für Architekten und Ingenieure sein“, ist Martin Bäumer überzeugt.



Dr. Fritz Brickwedde begrüßt den Fraktionsarbeitskreis Umwelt bei der Deutschen Stiftung Umwelt in Osnabrück

## Landespolitik in Kürze

- Die Modernisierung der Landesfeuerwehrschnule in Loy ist ange- laufen. Zusammen mit der Landes- feuerwehrschnule Celle dient dieser Standort der Aus- und Fortbildung der Feuerwehr in Niedersachsen. Ziel der Ausbauarbeiten ist es, dauerhaft für 80 Lehrgangsteil- nehmer praxis- und zukunftsorien- tierte Bedingungen zu bieten. Neben einem modernen Brandübungs- haus und einem neuen Lehrsaal- gebäude sollen auch ein Bettenhaus sowie eine Übungshalle errichtet werden. Darüber hinaus finden um- fangreiche Sanierungsmaßnahmen statt. Durch die Modernisierungs- maßnahmen wird eine optimierte und ganzheitliche Feuerwehraus- bildung in Niedersachsen voran ge- bracht.



Foto: Picture-alliance

\*\*\*

- Das landesweite Mädchenfußball- projekt zur sozialen Integration von Mädchen mit Migrationshinter- grund ist gestartet. An ausgewähl- ten Grundschulen werden in enger Zusammenarbeit mit lokalen Sport- vereinen Mädchenfußball-Arbeits- gemeinschaften eingerichtet und Fußballturniere organisiert, um die Potenziale des Sports für aktive In- tegration gezielt zu nutzen. Zu den niedersächsischen Standorten gehö- ren neben Delmenhorst auch Wolfs- burg, Salzgitter, Osnabrück, Lüne- burg, Stade, Nienburg und Hildesheim.

## Koalitionsfraktionen von CDU und FDP formulieren Erwartungen an das neu gewählte EU-Parlament

**Wilhelm Hogrefe: „Niedersächsische Interessen könnten Themen für die gesamte EU sein“**



Die Fraktionen von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag wollen die Präsenz Niedersachsens in Europa weiter verstärken. In einem Antrag haben sie daher ihre Erwartungen an das im Juni zur Wahl stehende Europäische Parlament formuliert. „Die Landtagsentschließung soll in die Amtssprachen der EU übersetzt und an alle Mitglieder des im Juni neu zu wählenden EU-Parlaments verteilt werden“, sagte Wilhelm Hogrefe, europapolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Auf diesem Weg wollen wir für unser erfolgreiches und innovatives Niedersachsen werben. Die niedersächsischen Interessen könnten Themen für die gesamte Europäische Union sein.“

So solle sich das Europäische Parlament z. B. für eine Fortführung der Forschungsförderung insbesondere mit den Schwerpunkten Klimafolgen, Energie, maritimer Bereich und Mobilität über 2013 hinaus einsetzen. Begrüßenswert wäre zudem, wenn

das Europäische Parlament die Automobilindustrie in Europa unterstützen würde in dem Bemühen, innovative und umweltfreundliche Antriebstechnologien zu entwickeln. So könnten alle Chancen genutzt werden, die Marktführerschaft in diesem Zukunftsfeld zu behalten, betonte der Europa-Experte. Weitere Forderungen betreffen unter anderem die Sozialpolitik, die Verkehrsnetze in Europa und den europäischen Energiestandort.

Wilhelm Hogrefe erklärte abschließend: „Niedersachsen nimmt als ein Land der Forschung und Wissenschaft, der maritimen Wirtschaft, der Luft-, Raumfahrt- und Automobilindustrie, der Land- und Ernährungswirtschaft und mit wichtiger Verkehrsinfrastruktur einen zentralen Platz in der Europäischen Union ein. Diese Vielfalt ist eine sehr gute Werbung für unser Land, die es zu erhalten und auszubauen gilt. Daher haben wir erstmalig konkrete Erwartungen und Anregungen an das Europäische Parlament gerichtet. Von einer möglichen Umsetzung würde aber nicht nur unser Land, sondern auch andere Regionen in der EU profitieren.“



Das EU-Parlament in Straßburg

Foto: Picture-alliance

## Landespolitik in Kürze

- Die Reform der Sozialen Dienste hat ihr erstes Ziel erreicht: mit der Eröffnung der Abteilung „Ambulanter Justizsozialdienst“ (AJSD) beim OLG Oldenburg durch den Niedersächsischen Justizminister Bernd Busemann gelang die Errichtung eines neuen zweistufigen Verwaltungsaufbaus. Die 11 Bewährungshilfestellen bei den Landgerichten und die 11 Gerichtshilfestellen bei der Staatsanwaltschaft wurden zu einem neuen, leistungsstarken Ambulanten Justizsozialdienst zusammengefasst und dem OLG Oldenburg zugeordnet.

Erklärtes Ziel der Reform der Sozialen Dienste ist eine einheitliche, schlagkräftige Struktur der Sozialen Dienste, im Zuge derer eine Entlastung von Gerichten und Staatsanwaltschaften von Nebenaufgaben der Verwaltung stattfinden wird.

\*\*\*

- Die 1999 von der SPD forcierte Zwangsfusion der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven wird entflechtet. Das hat Wissenschaftsminister Lutz Stratmann bekannt gegeben. Stattdessen werden nun zwei selbstständige Fachhochschulen errichtet: die Fachhochschule Emden/Leer und die Fachhochschule Oldenburg/Wilhelmshaven/Elsfleth.

Jens Nacke, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, sieht gute Entwicklungschancen für die neuen Fachhochschulen: „Die neue Aufteilung entspricht der regionalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik der Küstenregion und erleichtert damit erheblich die Profilbildung der beiden Hochschulen.“

# Persönlich



Nach fast einem Jahr im Niedersächsischen Landtag hat sich das Leben vom Tischlermeister zum Landtagsabgeordneten gewaltig verändert. Eines hat es, nach Feststellung von **Kai Seefried**, in jedem Fall nicht gegeben: Langeweile!

## • Warum ich mich landespolitisch engagiere?

Am Ende meiner Arbeit als Tischler steht ein fertiges Produkt. Ein greif- und fühlbares Ergebnis wie z. B. ein Möbelstück. Ich möchte eine Politik

Der BL stellt an dieser Stelle die neuen Landtagsabgeordneten in der CDU-Fraktion vor.

nah an den Menschen mit möglichst ebenso greifbaren Ergebnissen machen.

## • Welches politische Ziel möchte ich innerhalb dieser Legislaturperiode verwirklichen?

Gute Rahmenbedingungen für Mittelstand und Wirtschaft sind mein besonderes Anliegen. Für meinen Wahlkreis sind hier die wichtigsten Ziele: Erweiterung des Seehafens Stade-Bützfleth, Fortführung der A26 nach Hamburg, Baubeginn für die A22 mit Elbtunnel und die Weiterentwicklung der CFK Forschung in Stade.

## • Tipp für Urlaubsreisen:

Zum Entspannen kann ich ein langes Wochenende auf Helgoland nur empfehlen. Sobald die Tagestouristen nach kurzem Aufenthalt abgereist sind, hat man die Weite der Nordsee und die Ruhe der Insel fast für sich allein.

**Name:**  
**Kai Seefried**

**Geburtsdatum:**  
23.01.1978

**Familienstand:**  
verlobt

**Beruf:**  
Tischlermeister

**Ausschüsse:**  
Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz; Mitglied im Unterausschuss Häfen und Schifffahrt

**Wahlkreis:**  
56-Stade

**Erststimmenergebnis:**  
50,4 Prozent

**Kontakt:**  
Johann-Grodtmann-Straße 17  
21706 Drochtersen  
Tel.: 04148/610479  
Fax: 04148/616360  
E-mail: mail@kai-seefried.de  
[www.kai-seefried.de](http://www.kai-seefried.de)

## Henkelwurst bei der Grünen Woche in Berlin: CDU-Politiker besuchten innovativen Wolfenbütteler Unternehmer

Auf der Grünen Woche in Berlin hat in diesem Jahr Fleischermeister Lars Düe aus Wolfenbüttel seine originelle „Henkelwurst“ präsentiert - gemeinsam im Stand mit dem bekannten Jägermeister aus der Lessingstadt.

Auch Mitglieder des von Frank Oesterhelweg geleiteten Agrarausschusses statteten ihm und seinen beiden Mitarbeiterinnen Sandra und Linda einen Besuch ab. Mit dabei waren CDU-Agrarsprecher Clemens Große Macke, der Umweltexperte Martin Bäumer und Ingrid Klopp als forstpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

Frank Oesterhelweg lobte den Ideenreichtum Dües und meinte dazu: „Man sieht und man schmeckt es: Wolfenbüttel hat schon etwas zu bieten!“



Im Bild v. l. n. r.: Lars Düe, Martin Bäumer, Frank Oesterhelweg, Ingrid Klopp, Clemens Große Macke sowie die beiden Standbetreuerinnen Linda und Sandra.

## Aktuelle Termine

Dienstag, 24. Februar 2009, 18.00 Uhr  
**Schwerpunktthema Energie - Podiumsdiskussion:**  
**Zwischen Kern- und Sonnenenergie - ist die Gesellschaft noch konsensfähig?**  
Ort: Niedersächsischer Landtag

Samstag, 7. März 2009, 10.00 - 17.00 Uhr  
**Tag der offenen Tür**  
Ort: Niedersächsischer Landtag

Mittwoch, 25. März 2009 bis  
Freitag 27. März 2009, ganztägig  
**Plenum**  
Ort: Niedersächsischer Landtag

## IMPRESSUM

CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

Verantwortlich:  
Thomas Dückers, Pressesprecher  
Sabine Busse, Sekretariat Presse

Telefon (05 11) 30 30 - 41 18  
Telefax (05 11) 30 30 - 48 54  
[thomas.dueckers@lt.niedersachsen.de](mailto:thomas.dueckers@lt.niedersachsen.de)